

EU-Kommunal

Nr. 10/2010

vom 07.07.2010

überreicht von Ihrem Europaabgeordneten Joachim Zeller

1. Grundstückserwerb

Ortsansässige dürfen beim Immobilienerwerb nicht begünstigt werden. Damit ist die von Gemeinden geübte Praxis angesprochen, Baugrundstücke an Ortsansässige zu Preisen zu verkaufen, die unter den von Gebietsfremden verlangten Preisen liegen; sog. „Einheimischenmodell“. Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Praxis eine diskriminierende Behandlung von EU-Bürgern am deutschen Immobilienmarkt sei, die gegen die im EU-Vertrag gesicherten Grundfreiheiten verstoße. Die Kommission hat daher Deutschland zur Stellungnahme aufgefordert und ein sog. „Verstoßverfahren“ eingeleitet. Geht innerhalb von zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort der zuständigen deutschen Stellen ein, kann die Kommission den Gerichtshof anrufen.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/820&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zum Verfahren bei Verstößen gegen Gemeinschaftsrecht, sog. „Verstoßverfahren“ unter

http://ec.europa.eu/community_law/infringements/infringements_de.htm

Zum Einheimischenmodell siehe Bay. Gemeindetag 2008 Seite 439 unter

http://www.bay-gemeindetag.de/information/zeitung/2008/122008/Sammel_12_2008.pdf

Demgegenüber vertritt bislang die Bundesregierung die Auffassung, dass Gemeinden im Falle von Grundstücksveräußerungen mit dem Kriterium der Ortsansässigkeit regelmäßig nicht diskriminierend vorgehen und nicht auf die Staatsangehörigkeit abstellen. Denn bei den Einheimischenmodellen sind gerade nicht nur Ausländer, sondern auch auswärtige deutsche Erwerber betroffen. Vor allem für kleine Gemeinden sind verbilligte Grundstückspreise für die Erhaltung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur notwendig.

2. EUROSTAT (u.a. auch ÖPP)

Die Prüfungsbefugnisse von EUROSTAT sollen gestärkt werden. Insbesondere sollen EUROSTAT und der EZB (!) zur Überprüfung statistischer Daten die Befugnis zur Durchführung unangekündigter Kontrollen in Mitgliedstaaten übertragen werden. Mit dieser Forderung hat das Parlament die Konsequenzen aus den Unregelmäßigkeiten der von Griechenland vorgelegten Daten gezogen. 2005 war ein entsprechender Vorschlag der Kommission im Rat gescheitert. Weitergehend fordert das Parlament, dass die Mitgliedstaaten gezwungen werden sollen, alle Verbindlichkeiten in der Bilanz auszuweisen, einschließlich künftiger Zahlungen für staatliche Renten, insbesondere aber auch Verpflichtungen auszuweisen, die sich aus langfristigen Verträgen mit dem privaten Sektor für die Anmietung oder Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen (ÖPP !!!) ergeben.

Die Entschließung des Parlaments vom 17.06.2010 unter

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0230+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Europäische Bürgerinitiative

Der Rat (EU-Außenminister) hat sich auf politischer Ebene über die Europäische Bürgerinitiative geeinigt. Danach soll im Rahmen der Zuständigkeiten der EU ein Bürgerbegehren zulässig sein, wenn das per Unterschrift mindestens eine Million EU-Bürger aus mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten fordern. Die Zulässigkeitsprüfung erfolgt bereits bei Vorliegen von 100.000 Unterschriften. Der Rat hofft, mit dem Parlament eine Einigung zu erzielen und die Verordnung bis Ende 2010 abschließen zu können. Die Kommission hat den Vorschlag des Rats begrüßt.

Die Vorlage des Rats vom 22.06.2010 unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10626-re02.de10.pdf>

Pressemitteilung der Kommission (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/259&format=HTML&aged=0&language>

4. EU-Vertragsrecht

Termin: 31.01.2011

Das nationale Vertragsrecht soll durch ein eu-weit geltendes Vertragsrecht ergänzt werden. Davon verspricht sich die Kommission insbesondere Impulse für den EU-weiten Onlinehandel. Denn derzeit wirken sich Unsicherheiten über das anzuwendende Recht bei grenzüberschreitenden Verträgen hemmend auf den Handel aus. Nur 8% der Verbraucher kaufen Waren online in anderen Mitgliedstaaten. In der Vergangenheit sind verschiedene Vorstöße zur Schaffung eines umfassenden europäischen Zivilrechts an der Kompliziertheit der Materie gescheitert. Jetzt hat die Kommission ein Grünbuch mit verschiedenen Optionen für ein europäisches Vertragsrecht vorgelegt. Neben der vollständigen Harmonisierung des Vertragsrechts oder einem kompletten Europäischen Zivilgesetzbuch werden von der Kommission u.a. folgende Lösungen zur Diskussion gestellt:

- Die Veröffentlichung nicht verbindlicher Mustervertragsklauseln im Internet, die im europäischen Binnenmarkt verwendet werden könnten.
- Eine Empfehlung zum Vertragsrecht, das von den Mitgliedstaaten in ihre nationalen Rechtsordnungen aufgenommen wird. Ein ähnlicher Ansatz wurde

in den Vereinigten Staaten mit Erfolg praktiziert, wo ein einheitliches Handelsgesetzbuch mit einer einzigen Ausnahme von allen 50 Staaten übernommen wurde.

- Ein fakultatives Europäisches Vertragsrecht, für das sich die Verbraucher und Unternehmen frei entscheiden könnten.

Verbraucher und Unternehmer sind nun aufgerufen, sich an einer öffentlichen Konsultation zu den Vorschlägen zu äußern. Die Konsultation läuft bis zum 31. Januar 2011. Je nachdem, wie die Konsultation ausfällt, wird die Kommission gegebenenfalls 2012 weitere Vorschläge vorlegen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/872&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das „Grünbuch – Optionen für die Einführung eines Europäischen Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen“ (16 Seiten) unter http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/0052/consultation_questionaire_de.pdf

5. Erbrecht

Termin: 22.09.2010

Eine Website über die nationalen Erbschaftsregeln in den EU-Staaten wurde freigeschaltet. Gleichzeitig läuft eine Konsultation über steuerrechtliche Hindernisse in grenzüberschreitenden Erbschaftsfällen. Jedes Jahr gibt es in der EU rund 450 000 Erbschaftsfälle mit Auslandsbezug mit einem Gesamtvolumen von über 120 Mrd. Euro. Die Familien der Inhaber von Grundstücken, Häusern oder Bankkonten sehen sich dabei unterschiedlichen Vorschriften bezüglich der gerichtlichen Zuständigkeit und des anwendbaren Rechts in den 27 EU-Mitgliedstaaten gegenüber. Die neue Webseite klärt u.a. auf, welche Behörde zuständig ist, welches Recht anwendbar ist, ob Rechtswahlfreiheit besteht. Für Anwälte enthält die Seite zudem ausführliche Berichte über das Erbschaftsrecht u.a. in deutscher Sprache.

Dazu eine Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/844&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

In der öffentlichen Konsultation werden alle Interessierten nach möglichen Konzepten für die Beseitigung steuerlicher Hindernisse bei grenzüberschreitenden Erbschaftsfällen gefragt; Stellungnahmen sind bis zum 22.09.2010 möglich. Die öffentliche Konsultation unter http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/tax/2010_06_inheritance_de.htm

Das Konsultationspapier unter http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/consultations/tax/2010/06/inheritance_2010_06_consultation_paper_de.pdf

6. Holzhandelsgesetz

Holzprodukte aus illegalen Quellen sollen verboten und skrupellose Händler bestraft werden. Das sieht der Entwurf eines EU-Holzhandelsgesetzes vor, auf den sich Parlament, Kommission und Rat geeinigt haben. Derzeit haben Verbraucher keine 100%-ige Sicherheit, dass die von ihnen gekauften Möbel aus legal gefälltem Holz hergestellt sind. Schätzungsweise 20% des auf dem EU-Markt gehandelten Holzes stammen von illegal geschlagenen Bäumen. Daher soll künftig die Lieferkette für Holz lückenlos rückverfolgt und Geldstrafen bei Nichteinhaltung verhängt werden können.

7. Elektroschrott - Richtlinie

Für das Einsammeln und die Verwertung von Elektroschrott soll es künftig strengere Standards geben. Da bei geht es vor allem auch um die Sicherung des z.T. hochwertigen Rohstoffpotentials, das im Elektroschrott schlummert. Angesichts von Lieferengpässen, die sich bereits heute bei 14 von 41 Mineralien und Metallen abzeichnen, wird der Elektronikschrott in der EU zum Rohstofflager der Zukunft. Ziel ist es, die Sammelquote zu erhöhen, die Rückgabe für die Verbraucher zu erleichtern und den illegalen Export einzudämmen. So soll das Sammelziel von derzeit 4 Kilo pro Kopf – Deutschland 8,6 und Österreich 9 Kilo pro Kopf - bis 2016 auf 85% des anfallenden Elektro- und Elektronik-Abfalls eines Landes erhöht werden. U.a. sollen große Geräte (Kühlschränke udgl.) beim Verbraucher kostenlos abgeholt werden; kleinere Geräte sollen bei jedem einschlägigem Händler gebührenfrei abgegeben werden können, nach dem Motto: Wer verkauft muss auch zurücknehmen. Bei der Ausfuhr von Altgeräten muss der Unternehmer und nicht mehr der Zoll nachweisen, dass es sich um gebrauchsfähige Geräte, die exportiert werden dürfen, und nicht um Schrott handelt, der in der EU recycelt werden muss. Und schließlich sollen auch alle privat und beruflich genutzten Elektrogeräte unter die neue Regelung fallen und nicht nur wie z.Zt. bestimmte Haushalts- und Bürogeräte.

Das Plenum muss der Empfehlung des EU-Umweltausschusses noch zustimmen.

Zu den Engpässen in der Rohstoffversorgung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/752&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

8. Fahrgastrechte

Das europäische Recht hat für Reisende viele Rechte geschaffen. Mit einer Aufklärungskampagne informiert die Kommission über diese Rechte im Reiseverkehr. Dabei kommen Plakate auf Bahnhöfen und Flughäfen und eine eigens eingerichtete Internetseite mit umfangreichen Informationen zum Einsatz. So erfahren die Reisenden z.B., was sie tun müssen, wenn die Reise verschoben oder abgesagt wird, wenn Gepäck verloren geht oder beschädigt wird. Ebenso erhalten Menschen mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität Informationen über ihre Rechte als Fahrgast.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/852&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zur Aufklärungskampagne unter
<http://www.konsumer.info/?p=11571>

Die Website wird geschaltet unter
<http://ec.europa.eu/passenger-rights>

9. Ältere Menschen

Die Weltgesundheitsorganisation hat ein Netzwerk altersgerechter Städte ins Leben gerufen. Ziel ist es, Hilfestellung für Maßnahmen zu geben, die älteren Menschen ihre Aktivität und Gesundheit erhalten.

Einzelheiten (Englisch) unter
http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2010/age_friendly_cities_20100628/en/index.html

und unter
<http://www.who.int/bulletin/volumes/88/6/10-020610/en/index.html>

10. Ältere Menschen - Handwerk

Aktives Altern kann auch durch europaweite handwerkliche Teamprojekte gefördert werden. Das zeigt das EU-finanzierte Projekts TRAMP, mit dem länderübergreifende handwerklich orientierte Teamarbeits-Projekte unterstützt worden sind. Damit wurde der Zugang zu Europa für ältere Menschen mit geringen Sprachkenntnissen vereinfacht und ihre transnationale Mobilität in Europa erhöht. Beteiligt waren Weiterbildungseinrichtungen, Universitäten und Seniorenorganisationen aus Deutschland (Landesarbeitsgemeinschaft für politische Bildung NW, Mintropstraße 20, 0215 Düsseldorf), Frankreich, Österreich und Tschechien.

Der Abschlussbericht (Englisch 192 Seiten) unter
http://tramp.aulnrw.de/fileadmin/docs/TRAMP_Internet_2010-04-19.pdf

11. Schwerhörigkeit

Die Kommission wird im Herbst 2010 Standards für die Hörgeräte-Technologie festlegen. Das wurde am 16.06.2010 im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema Hörgeräte- und Kommunikationstechnik bekannt. Zurzeit leiden in Deutschland 15 Mio. und in Europa 70 Mio. Menschen unter Schwerhörigkeit. Durch den demographischen Wandel werden diese Zahlen noch weiter ansteigen. Aus den unterschiedlichsten Gründen, wie Stigma, Unwissenheit oder Kosten, nutzen jedoch nur 20% dieser Menschen Hörhilfen. Daraus erschließt sich nicht nur ein riesiges Marktpotential, sondern auch eine große Herausforderung für die Forschung.

Weiteres unter
<http://www.auditory-valley.com/>

12. Finanzhilfen-Anzeiger

Alle Empfänger der EU-Finanzhilfen 2009 sind jetzt in einer Online-Datenbank veröffentlicht. Damit wird transparent gemacht, wer Geld von der EU für Forschung, Bildung und Kultur, Energie und Verkehr sowie Außenhilfe erhalten hat. Die Daten können über eine Suchmaske abgerufen werden, die verschiedene Suchfelder wie das Land des Empfängers, den Namen des Programms und den Zahlungsbetrag enthält. Die Webseite enthält Angaben zu den von der Kommission direkt verwalteten Beträgen. Diese machen rund 20% des EU-Haushalts aus. Das neue Finanztransparenzsystem umfasst keine Finanzhilfeempfänger und Auftragnehmer, die Finanzmittel der EU über nationale und regionale Behörden erhalten. Diese werden von den nationalen Behörden verwaltet, die auch die Namen der Empfänger veröffentlichen. In Zukunft wird das Finanztransparenzsystem auch Auftragnehmer umfassen, die durch ihre Lieferungen den laufenden Bedarf der Kommission decken.

Die Webseite zum Finanztransparenzsystem unter
http://ec.europa.eu/beneficiaries/fts/index_de.htm

Alle Webseiten mit Angaben zu den Empfängern von EU-Mitteln unter
http://ec.europa.eu/contracts_grants/beneficiaries_de.htm

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/878&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

13. Lebensmittel

Lebensmittel sind in der EU sicherer geworden. Ursache ist vor allem das erweiterte Verbot für gefährliche Pestizide in den vergangenen Jahren und verstärkte Kontrollen. Die Kommission hat die Rechtsvorschriften für Höchstgehalte an Pestizidrückständen in Lebens- und Futtermitteln harmonisiert und von den ursprünglichen 1000 Substanzen etwa 700 vom Markt genommen. Nach den im Januar 2010 eingeführten EU-Vorschriften muss bestimmtes importiertes Obst und Gemüse an den Grenzen stärker kontrolliert werden. Der Schwerpunkt der Kontrollen liegt auf Obst und Gemüse aus Asien und Mittel- und Südamerika. Seit Januar 2010 wurden rund 13.600 Sendungen mit importiertem Obst und Gemüse kontrolliert. 10% dieser Erzeugnisse wurden getestet und davon entsprachen 10% nicht den einschlägigen EU-Sicherheitsbestimmungen.

Die Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/826&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zum Thema Pestizide unter
http://ec.europa.eu/food/plant/protection/pesticides/index_de.htm

14. Biomasse

Palmöl aus Plantagen ist keine nachhaltig produzierte Biomasse, weil eine Umwandlung von Wäldern in Palmölplantagen in der Regel negative Auswirkungen auf die Biodiversität und die Klimabilanz der Fläche hat. Das erklärte die Bundesregierung am 06.05.2010 in Beantwortung einer kleinen Anfrage (BT Ds 17/1654).

Die Bundesregierung steht daher Überlegungen der EU-Kommission äußerst kritisch gegenüber, nach denen die Umwandlung von Wäldern in Palmölplantagen unter bestimmten Bedingungen als vereinbar mit den Nachhaltigkeitsbestimmungen der Richtlinie betrachtet werden könnte.

Die Bundestagsdrucksache unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/016/1701654.pdf>

15. Einzelhandel – Verhaltenskodex

Für den Einzelhandel gibt jetzt einen Umwelt-Verhaltenskodex. Diese freiwillige Vereinbarung ist am 24.06.2010 von führenden Vertretern des europäischen Einzelhandels unterzeichnet worden. Schwerpunkt des Verhaltenskodex für ökologische Nachhaltigkeit im Einzelhandel sind die Herkunftssicherung bestimmter Produkte wie Holz oder Fisch, ressourceneffizienter Betrieb der Läden, Optimierung von Transport und Vertrieb, bessere Verfahren der Abfallbewirtschaftung und verbesserte Kommunikation mit den Verbrauchern.

Die Pressemitteilung unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/824&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Themenpapiere mit Maßnahmenvorschlägen (Englisch) unter
http://ec.europa.eu/environment/industry/retail/index_en.htm

16. Bahnübergänge

Die Unfälle an Bahnübergängen sollen reduziert werden. Alljährlich sterben Hunderte von Menschen in ganz Europa bei Unfällen an Bahnübergängen. Dies entspricht einem Drittel aller Todesopfer von Bahnunfällen und 2% aller Straßenverkehrstoten. Die Kommission macht daher im Rahmen einer internationalen Kampagne mit einem Videoclip auf die Gefahr von Unfällen an Bahnübergängen aufmerksam.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/775&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Videoclip unter
<http://ec.europa.eu/roadsafety>

17. USA – Flüge

Flüge in die USA werden billiger. Dafür sorgt die 2. Stufe des neuen Luftverkehrsabkommens «Open Skies» zwischen der EU und den USA. Der Vertrag ist Presseberichten zufolge am 20.06.2010 von Vertretern der EU und USA unterzeichnet worden. Der Vertrag legt für beide Seiten einen leichteren Marktzugang für Investoren, Regeln für zusätzliche Investitionen sowie zur Zusammenarbeit beim Lärmschutz fest. So können z.B. europäische Investoren künftig die Mehrheit an US-Fluglinien übernehmen; bislang waren die maximalen Stimmrechte ausländischer Investoren auf knapp 25% begrenzt. Nach Angaben der Kommission wird die Öffnung des Luftfahrtmarktes zwischen der EU und den USA einen wirtschaftlichen Nutzen von rund 12 Milliarden Euro bringen und bis zu 80.000 neue Jobs schaffen.

Die EU und die USA sind die beiden führenden Luftverkehrsmärkte der Welt. Der neuen Vereinbarung muss das Europaparlament noch zustimmen.

Pressemitteilung vom 25.03.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/371&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres unter

<http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/173316.html>

Zur 1. Stufe des „Open Skies“- Luftverkehrsabkommen siehe Pressemitteilung vom 28.03.2008 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/474&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

18. Ölbohrungen in der Nordsee

Die Kommission erwägt strengere Sicherheitsauflagen für Bohrungen in der Nordsee. Derzeit werden die Notfallpläne und Haftungsregeln der in der Nordsee tätigen Ölkonzerne geprüft. Ggf. sollen bereits im Herbst konkrete Gesetzesvorschläge vorgelegt werden. Nach Kommissionsangaben stehen in der Nordsee rund 400 Ölförderanlagen. Bislang ist es Sache der Mitgliedsstaaten, die Arbeiten auf den Bohrinseln zu kontrollieren. Die technischen Bedingungen der Ölförderung auf offener See sind in Europa weniger extrem, da die durchschnittliche Tiefe von Bohrungen in Europa bei nur etwa 100 bis 200 Metern, vor der amerikanischen Küste aber bei mehreren Kilometern Tiefe liegt. Das EU-Parlament hat einen europäischen Entschädigungsfonds gefordert, aus dem im Ernstfall Schäden beglichen werden können.

Siehe auch Hinweise in der Pressemitteilung der Kommission vom 22.06.2010 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/779&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Über die aktuellen Beratungen im EU-Umweltausschusses am 22. Juni unter

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/064-76395-169-06-25-911-20100618STO76331-2010-18-06-2010/default_de.htm

Im deutschen Einzugsbereich der Nordsee befinden sich nach aktuellen Angaben der Bundesregierung über 300 Erdöl- und Erdgasfelder in Produktion. Die Wassertiefen liegen im südlichen Bereich der mittleren Nordsee unter 100 m, in den nördlich anschließenden Gebieten zwischen 100 und 200 m. Eine Ausnahme bildet die Norwegische Rinne mit einer Förderung aus bis zu 380 m Wassertiefe.

Umfassend die Bundesregierung am 17. 06. 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2208) unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/022/1702208.pdf>

19. Tierschutz

Termin: 31.07.2010

Die Kommission hat eine Konsultation zur Evaluation der EU-Tierschutzpolitik gestartet. Gefragt wird in dieser Online-Konsultation nach der Meinung der Bürger und betroffener Interessengruppen über die EU-Tierschutzpolitik in der Periode 2000-2008. Die Konsultation umfasst die Bereiche Gesetzgebung, Forschung, Kommunikation und internationalen Aktivitäten. Sie bezieht sich auf alle Arten von Tieren sowie die Art ihrer Nutzung, also Haustiere, landwirtschaftliche Nutztiere und Tiere, die für Forschungszwecke verwendet werden. Erfasst werden auch wilde Tiere, die gefangen gehalten oder zumindest von Menschen kontrolliert werden. Die Konsultation läuft bis zum 31. Juli 2010.

Zur Online-Konsultation (Englisch) unter
<http://www.ghkint.com/surveys/EUPAW/>

Zur Tierschutzpolitik der EU unter
http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/index_de.htm

20. Europa 2010

Die aktualisierte Broschüre des Europäischen Parlaments „Europa 2010“ liegt vor. Es werden die Neuerungen des Vertrags von Lissabon erläutert, der dem EU Parlament weitreichende neue Kompetenzen einräumt. Weiter gibt es Informationen zu Themen EU-Erweiterung, Binnenmarkt, Klimapolitik, Außenpolitik und Verbraucherschutz sowie Jugend- und Bildungsprogrammen. Die Broschüre „Europa 2010 – Wissen, Verstehen, Mitreden“ (57 Seiten) kann kostenlos über das Informationsbüros des Europäischen Parlaments (epberlin@europarl.europa.eu Unter den Linden 78, 10117 Berlin) bestellt werden.

Im Internet abrufbar unter
www.europarl.de/ressource/static/files/publication/europa-2010.pdf

21. Schülerkalender

Es gibt einen Schülerkalender 2010/2011 „Gut informiert, besser entscheiden“. Der von der Kommission herausgegebene Kalender bietet Informationen über Arbeits- und Mobilitätsmöglichkeiten in der EU sowie zu den Schwerpunkten Gesundheit, Verbraucherschutz, Umweltfragen und Entwicklungszusammenarbeit. Parallel dazu gibt es ein Begleitheft für Lehrer.

Beide Publikationen unter
http://ec.europa.eu/consumers/empowerment/docs/agenda_de_2010.pdf

22. EU auf Facebook

EU-Neuigkeiten gibt es jetzt auch bei Facebook und im studiVZ/meinVZ. Aktuelle politische Entwicklungen, praktische Tipps und Termine, Schüler- und Journalistenwettbewerbe, Infos zu Karrierechancen bei der EU und vieles mehr – der neue Kommissionsauftritt in den in Deutschland meistgenutzten Sozialen Netzwerken bietet tägliche Updates über die EU in deutscher Sprache. Zugleich wird damit eine interaktive Plattform geboten, um sich über europäischen Themen auszutauschen, sowie persönliche Erfahrungen und Standpunkte zu diskutieren.

Alles unter

www.facebook.com/eu.kommission

www.studivz.net/eu-kommission

www.meinvz.net/eu-kommission

23. Open Days 2010

Für die Open Days 2010 kann jetzt die Online-Registrierung erfolgen. In der Woche vom 4. bis 7. Oktober finden in Brüssel verschiedene Veranstaltungen rund um das diesjährige Motto „Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation und Kohäsion“— statt, zu denen man sich jetzt online einschreiben kann. Zum Programm und der Online-Registrierung unter

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=01f9562d-188d-4417-bd9e-2a99c7637bc2>

24. Beschwerden

Es gibt ein Handbuch für EU-Beschwerden. Das von der EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings und dem österreichischen EU-Umweltbüro herausgegebene Themenheft „Meine Rechte“ klärt über Beschwerderechte beim europäischen Bürgerbeauftragten, beim Petitionsausschuss oder bei der EU-Kommission auf. Die Ausarbeitung verschafft einen Überblick über Vor- und Nachteile, Zuständigkeiten, Befugnisse, das Verfahren selbst und seine Dauer sowie mögliche Ergebnisse.

Das Themenheft (12 Seiten) unter

http://www.eu-koordination.de/PDF/2010-1-meine-rechte_web.pdf